

EUROPÄISCHE BÜRGERFOREN IN NEUN DEUTSCHEN STÄDTEN

Gemeinsam mit neun deutschen Städten (Potsdam, Haldensleben, Mönchengladbach, Suhl, Würzburg, Neu-Isenburg, Bremen, Heidelberg und Berlin) veranstalten die Bundesregierung, die EU-Kommission und das Europäische Parlament im Rahmen der Aktion Europa ab Herbst 2008 Bürgerforen zum Thema „Die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas“.

Bürgerinnen und Bürger können sich dabei im direkten Austausch mit Entscheidungsträgern aktiv in den europäischen Dialog einbringen und ihrer Stimme Gehör verschaffen und gemeinsam Bürgererklärungen verfassen, die an anwesende Politiker übergeben werden.

Ziel der Bürgerforen ist es, Europa vor Ort erfahrbar zu machen, einen Bezug zwischen „Europa“ und der Lebenswirklichkeit der Menschen herzustellen sowie den Austausch zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern zu intensivieren.

Die Bürgerforen in Deutschland sind Teil eines deutschland- und europaweiten Bürgerbeteiligungsprozesses zur Zukunft Europas, der mehrere tausend Menschen einbinden und über begleitende Online-Prozesse europaweit miteinander vernetzen wird. Die Arbeitsergebnisse aus den deutschen Städten werden direkt in den europaweiten Dialogprozess einfließen.

Europäisches Bürgerforum in Potsdam am 10. / 11. Oktober 2008

Auf Einladung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam, Jann Jakobs, werden am Freitag, 10. Oktober und Samstag, 11. Oktober fünfzig nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Potsdamerinnen und Potsdamer über ihre Erwartungen und Wünsche an die Politik eines sozialen Europas diskutieren.

Die Europäische Akademie Berlin (www.eab-berlin.de) ist für die Organisation der Bürgerforen zuständig. Rückfragen und Anregungen bitte über unsere Bürgerforums-Website <http://www.buergerforen.de/>.

Die Ergebnisse der in Arbeitsgruppen geführten Diskussionen werden am Ende des Forums in einer **Bürgererklärung** dem Oberbürgermeister übergeben.

1. Thema: Sozialstandards

Die soziale Gerechtigkeit in der Europäischen Union muss verstärkt werden und die EU muss sich zur sozialen Marktwirtschaft fortentwickeln.

In diesem Zusammenhang fordern wir:

1. Einführung eines landesspezifischen Mindestlohnes, der eine menschenwürdige Existenz des Einzelnen sichert,
2. Einführung einer Obergrenze von Bezügen, die in der Höhe mit den Bezügen der führenden politischen Repräsentanten korrespondiert,
3. Einführung einer Haftung von Managern für die Folgen ihrer politischen Entscheidungen,
4. Das Verbot von Lobbyarbeit für aktive Politiker und die Einführung einer Karenzzeit nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik,
5. Schaffung eines europäischen Rentensystems, das eine Grundsicherung der menschenwürdigen Existenz für die Rentner im jeweiligen Land sichert,
6. Sicherung der medizinische Grundversorgung in allen Mitgliedsländern auf der Basis gleicher Bedingungen für alle Patienten und Patientinnen,
7. Ein Bildungssystem, das alle Kinder auf einem einheitlichen Niveau auf die Zukunft vorbereitet,
8. Die Gewährleistung der Bildungsfreizügigkeit und der Anerkennung von Bildungsabschlüssen in der gesamten EU.
9. Bildung muss kostenlos sein.
10. Die Vielfalt des Bildungsangebotes muss gewährleistet sein und sollte jedem Absolventen ermöglichen, mindestens eine Fremdsprache zu beherrschen.

2. Thema: Migration und Chancengleichheit

Wir fordern die Entwicklung einer europäischen Werte- und Kulturerziehung, die dazu dient die europäische Identität zu stärken, das Ethos, Europäer zu sein, herauszubilden sowie die Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit zu fördern.

1. Wir setzen uns ein für eine intelligente Kommunikation europäischer Werte und fordern die Presse auf, einen diesbezüglichen Ehrenkodex zu schaffen.
2. Europa soll Schulfach werden, mit den folgenden Schwerpunkten:
 - europäische Kultur und Geschichte
 - Ethik und Religion
 - Politik und Weltkunde

Dies ist auch ein Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

3. Es soll eine europäische Verfassung angestrebt werden, und die europäischen Symbole sollten verstärkt Verwendung finden. Hierdurch kann auch der Stolz auf die Errungenschaften in Europa untermauert werden
4. Chancengleichheit:
 - Unterstützung von Unternehmen, in denen schwangere Mitarbeiterinnen und junge Eltern tätig sind
 - Basisgehalt für Erziehende, die sich außerhalb eines Anstellungsverhältnis befinden (zusätzlich zum bestehenden Elterngeldes)
 - Es darf in der EU kein geschlechtsspezifisches Lohngefälle geben
 - Die Chancengleichheit der Kinder im Bildungssystem ist zu fördern, z.B. sollte ein europäischer Schüleraustausch für alle Schüler/innen verpflichtend werden
 - Stärkerer Erfahrungsaustausch und Orientierung an erfolgreichen Bildungsmodellen europäischer Nachbarländer
5. Migration
 - Die Binnenmigration innerhalb der EU sollte gestärkt werden.
 - Migrantinnen und Migranten aus Drittländern sollten besser integriert werden z.B. sollten lokale Mediationszentren geschaffen werden.
 - Die Teilhabe der Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sollten gefördert werden.
 - Migration bedingt Integration.

- Eine gemeinsame Außen- und Entwicklungspolitik soll dazu beitragen, die Migration zu verringern soweit ihre Ursache in der Armut des Herkunftslandes liegt.

3. Thema: Klima und Umwelt

Der Schutz der Umwelt ist ein wichtiges Anliegen. Daher fordern wir:

1. Umweltschutz soll durch umfassende Umweltbildung mit Unterstützung aller Medien und Institutionen in allen Altersgruppen verstärkt ins allgemeine Bewusstsein gerückt werden.
2. Es sollen Anreize für einen umwelt- und klimaschutzgerechten Konsum geschaffen werden, z.B. durch die Förderung regionaler Produkte, die Vergleichbarkeit von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Umweltwirkungen (z.B. verständlicher Ausweis der Schadstoffbilanz auf Produkten etwa mittels einer "Ampelkennzeichnung"), durch ressourcenschonende Produktion und Abfallminimierung.
3. Wer die Umwelt verschmutzt, muss dafür zahlen, kostenlose Verschmutzungsrechte darf es nicht geben.
4. Umweltschonende Technologien und alternative Verfahrensweisen müssen gefördert und gefordert werden.
5. Mobilität muss auf ökologisch verantwortliche Weise in Europa und unsere Städten sicher gestellt werden:
 - die Erreichbarkeit öffentlicher Einrichtungen mit dem ÖPNV muss verbessert werden,
 - die Bezahlbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs muss gewährleistet werden
 - die Verlagerung des Gütertransports auf die Schienen und Wasserwege, soweit umweltverträglich, muss vorangetrieben werden.
6. Eine gemeinsame europäische Klimapolitik muss gefördert und die Einhaltung der vereinbarten Standards muss kontrolliert werden.
7. Europa muss der Vorreiter und Partner anderer Länder und Bündnisse im Umwelt- und Klimaschutz sein.

Generell gilt: Die Transparenz europäischer Entscheidungen und deren Zuordnung muss verstärkt werden. Die Kompetenz des Europäischen Parlaments soll innerhalb des institutionellen Systems der EU gestärkt werden

aktion europa



Bürgererklärung Potsdam 11. Oktober 2008